Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.20 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.10 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.05 Mk., monatlich 1.35 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonst 60 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 60 — Donnerstag, den 13. März 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In Belgien soll die Revolution ausgebrochen sein.

•

Die Berliner Regierungstruppen haben den Vorort Lichtenberg von den Spartakisten gesäubert.

•

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und der Tschechenrepublik sind angeblich abgebrochen.

•

In Stettin nötigte eine demonstrierende Menge den Kreuzer Straßburg zum Verlassen des Hafens.

Massenselbstmord.

W.T.B. Nun hat der Streik auch Oelsnitz—Lugau und Teile des Zwickauer Kohlenbergbaues ergriffen. Wenn der Generalstreik in den großen Städten vielleicht noch den Zweck haben kann, politisch zu wirken, politische Forderungen, oder sagen wir lieber Erpressungen durchzudrücken, so ist er hier in Lugau—Oelsnitz auch dieser halben Entschuldigung bar.

Erst recht, wenn er unternommen wird, während die Einigungsverhandlungen schon im Gange sind, unternommen wird, wo das Sozialisierungsgesetz in Beratung ist.

Was erreicht dieser Streik? Nichts anderes, als was seinerzeit die kriegsgefangenen Franzosen ausführen sollten. Sie sollten unsere Getreidespeicher, in denen das Saatgut aufgespeichert war, in Brand stecken, sollten unsere spärlichen Lebensmittel vernichten. Wie ballten sich unsere Fäuste bei dem Gedanken an diese Niedertracht! Aber die Franzosen handelten so im Kampf für ihr Volk gegen unser Volk! Jetzt aber zünden unsere eigenen Volksgenossen unsere Getreidespeicher an! Es ist genau das Gleiche, ob sie die Kohlenförderung verhindern, oder Nahrungsmittel verbrennen. Für jede Tonne Kohlen, die wir exportieren können, bekommen wir Fett oder Brot oder andere Dinge, nach denen wir hungern.

Jede Tonne, die wir unserer Industrie zuführen, schafft Arbeit den Arbeitslosen, schafft Waren, schafft neue Exportmöglichkeiten. Unsere Zuckerindustrie kann nicht arbeiten — sie hat zu wenig Kohlen!

Unsere Transporte haben mit schwersten Hindernissen zu kämpfen wegen Kohlenmangel. Aber das wollen ja die Spartakisten gerade! Was haben sie an Nahrungsmitteln geraubt, vernichtet, verderben lassen! Nun legen sie die Hand an die Wurzel. Langsam geht aber auch ein Erwachen durch das gepeinigte Volk. Die Erkenntnis dämmert auf, wo die Peiniger sitzen, die über den Hunger und das Elend der Massen Krokodilstränen weinen und vor den Augen des Volkes die letzten Vorräte vernichten.

Wenn diese Spartakushelden es unternähmen, mit Motorpflügen die reifende Saat umzupflügen, das ganze Volk würde sich auf sie stürzen und sie zermalmen. Sie tun tatsächlich nichts anderes. Aber da sie vorgeben, für die „Diktatur des Proletariats" zu kämpfen, steht alles bei Seite und sieht zu, wie sie dem Proletariat das Brot aus dem Munde nehmen.

Wahnsinn! Verbrechen und Wahnsinn! Mit Politik hat das alles nichts mehr zu tun und mit Sozialismus noch weniger! Nicht die Streiks und nicht der Aufruhr sind es, die uns zur Verzweiflung bringen, wir sind durch den Krieg gewöhnt an Grausen, — aber der Wahnsinn, mit dem unser eigenes Volk sich selbst zerfleischt. Wann nimmt der Massenselbstmord ein Ende?

Nationalversammlung.

Weimar, 12. März.

Zweite Beratung des Sozialisierungsgesetzes.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

In § 1 sind die Worte: „Unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" von der Kommission eingefügt. In § 2 die Entschädigungspflicht neu eingefügt, ebenso die Bestimmung, daß die eigene wirtschaftliche Regelung nur im Falle dringenden Bedürfnisses durch das Reich Erfolg hat. Abg. Vögler (Deutsche Volksp.): Meine Fraktion legt gegen die Kommissionsbeschlüsse, welche nach unserer Ueberzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verderblich sind und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, Verwahrung ein. Wir wollen eine revolutionäre Entwicklung. Was aber in den Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für welche wir die Verantwortung ablehnen. Abg. Dr. Pachnicke (Demokrat): Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig abzustopfen wissen. Wir erhoffen von dem Gesetz eine versöhnende Wirkung. Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß wir, da wir keine Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir trotzdem dem Gesetz als ganzen zustimmen, so leitet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in unserer Hand liegt. Abgeordn. Beidt (Deutschnation.): Der Gesetzentwurf gibt der Regierung den Universalschlüssel, welcher der Sozialisierung alle Türen öffnet. Die damit bezweckte Beschwichtigung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung, die im tiefsten Grunde unsozial ist, ab. Inzwischen sind von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verschiedene Abänderungsanträge eingegangen. Abg. Burlage (Zentr.): Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfindet. Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Abänderungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Emporstreben unterstützen. Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Wir lehnen die Verantwortung für die Vorgänge in Lichtenberg ab. Etwas sozialer Geist steckt ja in dem § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung des Gedankens. Die Rätedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen. Dagegen mag man sich sperren wie man will. — Die Sitzung dauert fort.

Vertagung der Nationalversammlung.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung beschloß, dem Hause vorzuschlagen, nach Verabschiedung des Sozialisierungs- und Kohlengesetzes am Donnerstag abend die Sitzungen bis Dienstag, den 25. März, zu vertagen. Damit wird den in Betracht kommenden Regierungsmitgliedern die Möglichkeit gegeben, an der Tagung der preußischen Nationalversammlung teilzunehmen. Bis zum Wiederzusammentritt wird der Not-Etat mit den Steuervorlagen fertiggestellt sein und zur Beratung kommen können. Der Verfassungs-Ausschuß soll während der Pause weiter tagen und womöglich seine Arbeiten abschließen.

Ein deutschnationaler Abänderungsantrag.

Die Deutschnationalen haben einen Abänderungsantrag zum Sozialisierungsgesetz eingebracht. Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1. § 2 wie folgt zu fassen: § 2. Die zur Vergesellschaftung geeigneten wirtschaftlichen Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, gegen angemessene Entschädigung in Gemeinwirtschaft überzuführen, ist Sache der Reichsgesetzgebung. 2. Hinter § 4 des Entwurfes ist ein neuer § 4a einzuschalten mit folgendem Wortlaut: § 4a. Auf den land- und forstwirtschaftlich benutzten Grund und Boden und seine Bewirtschaftung findet das vorliegende Gesetz keine Anwendung.

Nachklänge zum Leipziger Generalstreik.

Die Abgeordneten Dr. Philipp (Dtsch.-nat.), Dr. Heinze (Dtsch. Vp.) und Burlage (Z.) richten an die Reichsregierung folgende Anfrage: Gelegentlich des Generalstreiks in Leipzig ist der dortige Oberbürgermeister unter Bedrohung mit militärischer Waffengewalt gezwungen worden, eine Anweisung auf Zahlung von 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. Ist das der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft einen solchen Mißbrauch der militärischen Gewalt zu verhüten? Ferner richten dieselben Abgeordneten und der Abgeordnete Wiener an die Reichsregierung folgende weitere Anfrage: Während des letzten Generalstreiks in Leipzig sind durch die dortigen Machthaber Waffen aus Heeresbeständen des 19. Armeekorps an den streikenden Teil der Bevölkerung abgegeben worden. Obwohl nach Beendigung des Streiks zur Abgabe der Waffen aufgefordert worden ist, muß befürchtet werden, daß zahlreiche Personen solche zurückbehalten. Dadurch wird die Sicherheit von Personen und Eigentum, insbesondere die Nahrungsvorräte, nicht nur in Leipzig, sondern auch in dessen Umgebung noch mehr wie bisher gefährdet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Waffen sicher zu stellen und die Ernährungsverhältnisse in Leipzig, besonders während der Messe, zu regeln?

Vom Frieden.

Nachgiebigkeit der Entente?

In holländischen politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß sich in der letzten Zeit eine auffällige Nachgiebigkeit der Entente zeige. Man habe, äußert sich eine angesehene politische Persönlichkeit einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" gegenüber den Eindruck, als ob die Entente den Weg suche, der zum Frieden führt, ohne daß sich die Entente mit ihren bisherigen Forderungen desavouiert. Sie werde, wenn Deutschland standhaft bleibe, so weit nachgeben, als es sich mit ihrer bisherigen Haltung verträgt. Weniger der Einfluß Wilsons und die Nachgiebigkeit Frankreichs spreche hierbei mit, sondern es sei wohl vor allem die bolschewistische Gefahr, die namentlich England erkannt zu haben scheint, die der Entente einen schnellen Frieden nahelegt. Wenn Deutschland Diplomaten besitzt, sagt der Holländer, die die Stunde verstehen, wird Deutschland einen annehmbaren Frieden erhalten.

Wir möchten hinter diesen Optimismus des Holländers ein großes Fragezeichen setzen und dies umsomehr, als gleichzeitig ein amerikanischer Funkspruch verbreitet wird, wonach die Friedensbedingungen so scharfe sein würden, daß man ihre Ablehnung durch Deutschland erwarte. Der Vorfriede soll schon Mitte April geschlossen werden.

Die Arbeiten der Friedenskonferenz.

Aus Paris wird amtlich gemeldet: Die Kommission für Wiedergutmachung der Schäden begann die Prüfung des Grundsatzes, nach welchem die feindlichen Staaten als Schuldner den alliierten und assoziierten Staaten gegenüber eine Einheit bilden sollen. Die Unterkommission für den Nordostseekanal nahm einstimmig den Text der Klausel an, welche dem Friedensvertrag über den Kieler Kanal einverleibt werden soll. Dieser Text ist dem Obersten Kriegsrat zugestellt worden. Die Kommission für internationale Gesetzgebung trat unter dem Vorsitz Samuel Gompers zusammen.

Der Oberste Kriegsrat prüfte die Bedingungen, unter welchen die besonders interessierten Staaten zu den Besprechungen über die Grenzen mit den Großmächten zugelassen werden sollen. Die Besprechung trug allgemeinen Charakter und es wurde kein Beschluß gefaßt.

Die Bezahlung der Lebensmittel.

Aus London wird gemeldet: „Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß die vorgeschlagenen Lebensmittel für Deutschland folgendermaßen bezahlt werden sollen: 1. mit Frachtschiffen, deren Wert den Deutschen angegeben wird, 2. in Form von Wechseln auf neutrale Länder für bestimmte Güter, die nicht auf der schwarzen Liste stehen und die die Deutschen ausführen dürfen, und 3. mit deutschem Gold.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt von der amerikanischen Friedenskommission, daß zur Versorgung Europas 300 000 Tonnen Lebensmittel monatlich nötig seien. Diese Lebensmittel werden zuerst hauptsächlich aus Weizen und Fleisch bestehen. Der größte Teil davon kommt aus den Nordweststaaten Amerikas. Der oberste Wirtschaftsrat wird alles nur Mögliche tun, um Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, aber es wird ihm bei der Lebensmittelversorgung kein Vorrang eingeräumt werden.

Der „Telegraaf" meldet aus Newyork, daß das Getreideausfuhrverbot aufgehoben worden ist.

Die Friedensbedingungen.

Vorsicht vor Falschmeldungen!

Aus Weimar wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Die gerade in letzter Zeit in französischen Blättern veröffentlichten Friedensbedingungen, die in mehr oder weniger bestimmter Weise von diesen Blättern als unabänderlich bezeichnet worden sind, entbehren, wie wir gute Gründe haben zu glauben, jeder amtlichen Grundlage. Es handelt sich hier um nichts weiter als um Versuche von französischer Seite, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich Deutschland selbst an die härtesten Friedensbedingungen gewöhnen soll. In Wirklichkeit werden die Friedensbedingungen erst nach der Rückkehr des Präsidenten Wilson nach Europa unter dessen persönlicher Mitwirkung festgesetzt werden, so daß die deutsche Oeffentlichkeit gut tut, alle französischen Meldungen — mögen sie mit noch so großer Gewißheit auftreten — mit Vorsicht aufzunehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.